

Zurück auf Anfang



Kreuzfahrer von heute

Aus der Staubwolke, welche die Zwillingsstürme von New York am 11. September 2001 hinterließen, formten die Propagandaapparate der US-Regierungen und ihrer Verbündeten in den Folgejahren das Schemen einer weltumspannenden fanatischen moslemischen Verschwörung gegen die verweltlichte kapitalistische Welt des Westens. Das Gespenst des Islamismus war aus der Taufe gehoben. Seitdem werden alle wichtigen gesellschaftlichen Entwicklungen in den Ländern des Nahen und Mittleren Ostens (NMO) unter dem Aspekt Islamismus contra Laizismus in Presse und Fernsehen abgehandelt. Aktuell gilt dies für die Wahlen im Iran ebenso wie für die Demonstrationen in der Türkei im Juni diesen Jahres und nun den Militärputsch am 4. Juli 2013 gegen den ägyptischen Staatspräsidenten Mursi. Das Feindbild ist nicht ganz klar; da gibt es die »guten« Moslems und die »bösen« Islamisten. Die »Guten« von gestern können in den Medien schnell die »Bösen« von heute werden, wie es am Beispiel der türkischen AKP und ihres Vorsitzenden Erdogan im Zusammenhang mit den Gezi-Park-Demonstrationen und der Ausweitung der Proteste erkennbar wurde. Der Grundtenor der bürgerlichen Propaganda ist jedoch mittlerweile universell: Hier die tolerante »westliche Wertegemeinschaft« dort der zum Fanatismus geneigte Islam(ismus). Demgegenüber erscheint die Bedrohung durch die kapitalistischen Krisen der letzten Jahre vergleichsweise geringer. Und auch der Umstand, dass die hiesige Polizei es z.B. bei der Blockupy-Demonstration in Frankfurt im Mai 2013 mit dem Demonstrationsrecht ebenso locker nahm, wie die türkische in Istanbul und anderen Städten, wird beim Verweis auf die »westlichen Werte« schnell übersehen.

Die Haltung zum Putsch des ägyptischen Militärs am 3. Juli 2013 gegen Präsident Mursi wird allerdings auch in Teilen der deutschen Linken gelegentlich von einer Art antireligiösen Reflex überschattet, was dann zu mehr oder weniger halbherzigen Rechtfertigungen für den Putsch führt. Nur wenn wir den Klassencharakter der Machtkämpfe vor und hinter den Kulissen der ägyptischen Ereignisse erkennen, werden die sozialen Triebkräfte und die Gewinner und Verlierer der Auseinandersetzungen seit Mubaraks Rück-

tritt im Februar 2011 sichtbar. Dann erst lässt sich der soziale Gehalt des Putsches verstehen, und wie die Lage für die lohnabhängigen Klassen Ägyptens sich danach darstellt.

I. Akt – Das Militär schaltet den Mubarak-Clan und die NDP aus

Ägypten ist eine Gesellschaft mit einer ganz überwiegend jungen Bevölkerung. Im Jahr 2004 waren fast 38 Prozent der Ägypter jünger als fünfzehn Jahre. Aber die Berufsaussichten für diese Menschen sind nicht gut, selbst dann, wenn die Wirtschaft wächst. Zwischen 2005 und 2008 stieg das Bruttoinlandsprodukt (BIP) jährlich über sechs Prozent. Die allgemeinen Lebensverhältnisse verbesserten sich aber nicht. Nach den offiziellen Statistiken nahm die Armut insbesondere unter der Landbevölkerung zu. Die Schere zwischen Arm und Reich klaffte immer weiter auseinander. Mit jedem Jahr strömten mehr Menschen auf den ägyptischen Arbeitsmarkt als Arbeitsplätze neu entstanden. Das Überangebot an Arbeitskraft drückte auf die Löhne, der Mangel an Wohnraum in den Ballungsräumen führte zu elenden Wohnbedingungen und gleichzeitig zu steigenden Mietpreisen. Viele Ägypter sahen sich daher zur Emigration gezwungen, entweder vorübergehend in die Ölstaaten am Golf oder auf lange Sicht nach Nordamerika oder Europa. Die ägyptische Regierung sprach 2003 von etwa 1,9 Millionen im Ausland lebender Ägyptern. Es gibt allerdings keine verlässlichen Erhebungen. Im Zusammenhang mit dem Bürgerkrieg in Libyen 2011 war die Rede von 1,5 Millionen ägyptischen Arbeitern, die aus dem Land flüchteten. Inoffizielle Schätzungen rechnen mit zwischen 2,5 und 4 Millionen Arbeitsemigranten.¹⁾

Vor diesem Hintergrund fanden die Massenproteste gegen Präsident Mubarak und die ihn tragende Nationaldemokratische Partei (NDP) im Jahr 2011 statt. Das Militär verweigerte Mubarak die Unterstützung, und so trat er am 11. Februar zurück und wurde anschließend unter Anklage gestellt.

Die Repression gegen die Massenproteste kam in erster Linie aus den Reihen der Polizei und der NDP. Warum hielt

1) Ausführlicher zu den sozialen Hintergründen und den Ereignissen des Volksaufstandes siehe Arbeiterpolitik Nr. 2, Mai 2011, S. 8 ff.

sich das Militär, das in der ägyptischen Gesellschaft durchaus eigene materielle Interessen hat, scheinbar neutral zurück?²⁾

Der Grund dafür kann in der Nachfolgefrage für Husni Mubarak vermutet werden. Der Mubarak-Clan hatte den Sohn Gamal Mubarak als Nachfolger im Präsidentenamt vorgesehen. Das war in gewisser Weise ein Bruch mit der Tradition. Die Staatspräsidenten nach Nasser kamen alle aus den höchsten Offiziersrängen der Streitkräfte. Für Gamal galt dies nicht. Seine politische Machtbasis waren die Nationaldemokratische Partei und seine Freunde aus der Unternehmerelite Ägyptens. In der Mubarak-Ära entstanden große privatwirtschaftliche Unternehmen, zum Teil mit monopolartiger Stellung, in Ägypten, zum Beispiel Ezz Industries im Stahlsektor, Ghabbour Auto im Automobilsektor oder Juhayna Food Industries in der Molkerei-Branche.³⁾

Diese »Modernisierung« der ägyptischen Wirtschaft, die auf der einen Seite von privaten Klein- und Mittelbetrieben und auf der anderen Seite von großen monopolistischen Unternehmen im Eigentum des Militärs geprägt war, berührt selbstverständlich auch vitale Interessen der führenden Militärkreise. Es entstand damit eine vollständig neue und gewichtige privatwirtschaftliche Konkurrenz mit eigenem Zugang zu den politischen Entscheidungsinstanzen. Großunternehmer erlangten wichtige Regierungsämter, sie schufen eigene Interessenverbände und das einflussreiche Wirtschaftsforschungsinstitut Egyptian Center for Economic Studies (ECES), mit denen politische Entscheidungen vorbereitet und gefördert werden konnten. Im Militär löste dies Befürchtungen aus, der eigene Einfluss könnte schwinden. *»Zum Bruch zwischen beiden Akteursgruppen kam es allerdings nicht. Über Jahrzehnte hatten sich enge Netzwerke zwischen Militärs und verschiedenen Großunternehmern etabliert.«⁴⁾*

Die Massenproteste Ende 2010 und Anfang 2011 gaben der Militärführung Gelegenheit und Legitimation, die Nachfolgefrage für Husni Mubarak ganz in ihrem Sinne zu lösen, indem sie diesen einsperren ließ und Gamal als potentiellen Nachfolger außer Gefecht setzte. Sie nutzte die Chance zu ihrem Vorteil. Die NDP wurde aufgelöst und verschwand sang- und klanglos. Es folgte eine 16-monatige Diktatur des Hohen Militärrats mit Feldmarschall Tantawi an der Spitze.

II. Akt – Neuwahlen und Sieg der Muslimbruderschaft

Die privatunternehmerische Konkurrenz bekam die Folgen des Umsturzes zu spüren. Es kam zu Gerichtsverfahren gegen Mitglieder der Unternehmerelite und vereinzelt auch zu Inhaftierungen. *»Angesichts der beschriebenen Konkurrenz zwischen Militär und diversen Großunternehmern nutzte der SCAF (Supreme Council of the Armed Forces – Oberster Militärrat) offenbar die Gunst der Stunde, um alte Rechnungen zu begleichen. Ein systematisches Vorgehen gegen die ägyptische Unternehmerelite gab es allerdings nicht.«⁵⁾*

2) Zu den wirtschaftlichen Interessen des ägyptischen Offizierskorps siehe Kasten.

3) Sehr materialreich und informativ: Stephan Roll, Ägyptens Unternehmerelite nach Mubarak – Machtvoller Akteur zwischen Militär und Muslimbruderschaft, SWP-Studie S. 14, Juli 2013, auf die in diesem Beitrag mehrfach Bezug genommen wird. Roll stellt fest: *»Gab es noch zu Beginn der 1980er Jahre keine nennenswerten Großunternehmen im privaten Besitz, wurden zum Ende der Mubarak-Ära zahlreiche Wirtschaftsbereiche durch einzelne Privatfirmen dominiert. Diese Kapitalkonzentration war eine direkte Folge der Privatisierungspolitik unter Mubarak.«* (S. 8)

4) Roll a. a. O. S. 10

5) Roll, a. a. O. S. 11

Schlägertrupps

»Traditionell führt in Ägypten jeder höhere Offizier der Sicherheitsdienste eine Schlägertruppe von meist 50 Jugendlichen, die er finanziert und für seine Zwecke einsetzt. In der Vergangenheit dienten die Gruppen der Einschüchterung von Personen, die gefügig gemacht werden sollten. Seit Mubaraks Sturz aber hatten sie Unsicherheit zu verbreiten und bei Demonstrationen für Gewalt zu sorgen. Als Gehalt bekommen sie pro Einsatz bis zu 50 Euro.«

Seit mehr als einem Jahr klagen die ägyptischen Muslimbrüder, dass das Geld für die Banden der 300 in den Emiraten ansässigen ägyptischen Offiziere, aber auch für die Banden von deren Kollegen in Ägypten von den Mitgliedern der Herrscherfamilie in Abu Dhabi stamme.«

(Rainer Hermann, FAZ 5.7.2013) ■

Wer gute Beziehungen zum Militär unterhielt, hatte wenig zu befürchten.«⁵⁾

Die Unternehmer nutzten die knapp einjährige Regentschaft des Obersten Militärrats, um sich auf die anstehenden Parlaments- und Präsidentschaftswahlen vorzubereiten. Sie gründeten Parteien und organisierten den Wahlkampf. Es traten 34 neue Parteien an – neben den 23 bereits bestehenden. Da das vom Obersten Militärrat erlassene neue Parteiengesetz keine staatliche Parteienfinanzierung vorsieht, mussten die Kosten des Wahlkampfs vollständig von den Mitgliedern getragen werden. Das verschaffte den Großunternehmern als Finanziere maßgeblichen Einfluss; etwa dem Medien- und Pharmaunternehmer al-Sayyid al-Badawi bei der nationalkonservativen und wirtschaftsliberalen Wafd-Partei oder dem koptischen Unternehmer Naguib Sawiris, der als der reichste Unternehmer Ägyptens gilt, bei der säkularen und wirtschaftsnahen Partei der Freien Ägypter. Die politische Partei der Muslimbruderschaft, die Partei für Freiheit und Gerechtigkeit (FJP – Freedom and Justice Party), hatte allen anderen Parteien die stärkste Verankerung in der Bevölkerung voraus. Bei den Parlamentswahlen zum Jahreswechsel 2011/12 erhielt sie mehr als 40 Prozent der Stimmen. Der Sieg bei den anschließenden Präsidentschaftswahlen im Mai und Juni 2012 und beim Referendum über die neue Verfassung war weniger glänzend. Der Kandidat der Muslimbruderschaft, Mohammed Mursi, konnte sich erst in der Stichwahl mit geringem Vorsprung durchsetzen. Der Verfassungsentwurf wurde zwar mit über 60 Prozent angenommen, doch lag die Beteiligung an der Abstimmung unter einem Drittel der Stimmberechtigten und in den urbanen Ballungsräumen war der Rückhalt für die Muslimbrüder gering.

Eine Regierung ohne Macht

Die Muslimbruderschaft mit geschätzt eine Million Mitgliedern ist keine politische Partei. Die 1928 im Kampf gegen die Kolonialmächte maßgeblich vom Lehrer Hassan al Banna gegründete Organisation ist religiös geprägt und engagiert sich überwiegend illegal bzw. halblegal als Wohlfahrtsorganisation in den ägyptischen Kommunen. Ihre Mitgliedschaft repräsentiert ein breites Spektrum der Gesellschaft: Geschäftsleute, Händler, Bauern, Arbeiter, Freiberufler wie Ärzte, Ingenieure, Juristen, Lehrer an Schulen und Universitäten. Die in ihr vertretenen Unternehmer sind zum großen Teil im informellen Sektor tätig, weil sie aufgrund der staatlichen Verfolgung stets vor Repressalien der Finanzbehörden auf der Hut sein müssen. Mit ihrer Tätigkeit ersetzt die Muslimbruderschaft und ihre Jugendorganisation Shabab die fehlende staatliche Sozialpolitik.

Ägyptische Justiz

»Auf die ägyptische Justiz, die wichtigste Bastion des alten Regimes, ist Verlass. Ein Gericht hat in Kairo gegen 43 Mitarbeiter internationaler Nichtregierungsorganisationen jeweils die Höchststrafe verhängt, unter ihnen befinden sich der frühere Büroleiter der Konrad-Adenauer-Stiftung in Kairo und seine Stellvertreterin, aber auch 16 amerikanische Staatsbürger. Das Strafmaß von fünf oder zwei Jahren Haft überrascht... Außerdem sollen Vermögen und Unterlagen der Organisationen konfisziert werden...

An dem Tag, an dem das Gericht sein Urteil verkündete, setzte ein anderes die beiden Polizisten auf freien Fuß, die im Juni 2010 in Alexandria den Blogger Chaled Saeed am helllichten Tag auf einer Straße zu Tode gefoltert hatten. Die Polizisten wurden auf freien Fuß gesetzt, da die Justiz das Verfahren gegen sie verschleppt hatte. Beides gehört zusammen. Denn Teile der Justiz heizen, mit anderen Kräften der Konterrevolution, die Stimmung an. Am 30. Juni wird der Islamist Muhammad Mursi ein Jahr im Amt sein. Bis dahin soll die Straße in Aufruhr versetzt werden. Das gelingt mit einem »Festival von Freisprüchen« für schwer belastete Vertreter des alten Regimes, die der blutigen Niederschlagung der Proteste von Anfang 2011 angeklagt waren. Dazu beitragen soll die Freilassung von Chaled Saeeds Mördern. Das Urteil gegen die Konrad-Adenauer-Stiftung fügt sich in dieses Muster: Es soll im Ausland der Eindruck erwecken, unter Mubarak sei es ja besser gewesen.»

(Rainer Hermann, FAZ 5.6.2013) ■

Die mit den Muslimbrüdern verbundene politische Partei FJP konnte erstmals bei den Parlamentswahlen von 2011/12 kandidieren. Davor konnten Muslimbrüder jeweils nur als Einzelkandidaten bei Wahlen antreten.

Den Führern der FJP war klar, dass sie trotz der gewonnenen Wahlen mit einer feindlich eingestellten Staatsverwaltung und einem feindlichen Umfeld im Militär und im Unternehmerlager regieren mussten. Die Autorität der neuen Regierung würde von wirtschaftlichem Fortschritt abhängen, der den Lohnabhängigen und vor allem auch den erwerbslosen jungen Menschen eine Besserung ihrer Lage signalisieren würde.

Dafür standen die Chancen von Anfang an schlecht.

Auch wenn die »Arabellion« die FJP an die Regierung gebracht hatte, so war diese doch keine Partei der sozialen Revolution. Der ursprüngliche (Wunsch-)Präsidentenkandidat der Muslimbruderschaft war schließlich der stellvertretende spirituelle Führer der Bruderschaft und Großunternehmer, Kheirat al-Shater, gewesen. Er kontrollierte die Finanzen der Organisation und hatte maßgeblichen Einfluss auf die Ausformulierung einer Agenda für die politischen Ziele der Bruderschaft. Sowohl das Parteiprogramm der FJP als auch das Wahlprogramm Mursis im Hinblick auf die grundsätzliche wirtschaftspolitische Ausrichtung wiesen keine gravierenden Unterschiede zum alten Regime auf. Es war nicht vorgesehen, ein islamisches Wirtschaftssystem mit Konsequenzen für den Bankensektor einzuführen. Es wurden keine grundsätzlich neuen Akzente bei der Armutsbekämpfung und der Sozialpolitik gesetzt. Eine umfassende Reform des staatskontrollierten Gewerkschaftssystems wurde nicht vorgesehen, obwohl

6) »Der saudische König Abdullah gratulierte dem vom Militär eingesetzten Übergangspräsidenten, bevor dieser überhaupt vereidigt wurde.« Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ) 05.07.2013

7) Siehe hierzu ausführlich Roll a. a. O. S. 19 ff.

diese Forderung in der Arbeiterschaft starken Rückhalt hatte. Stattdessen nahm Mursi per Dekret Einfluss auf die Besetzung von Führungspositionen bei dem staatlich kontrollierten Gewerkschaftsbund Egyptian Trade Union Federation (ETUF). In Ergänzung dieser liberal-konservativen Politik wurde ein der Bruderschaft nahestehender Unternehmerverband, Egyptian Business Development Association (EBDA), gegründet, der einerseits den Einfluss der Unternehmer – nicht nur aus den Reihen der Bruderschaft – stärken, und andererseits als Bindeglied zu den anderen Unternehmerverbänden wirken sollte.

Es wurde schnell offenbar, dass diese deutlich signalisierte Bereitschaft zur Eingliederung in das Machtgefüge der ägyptischen Gesellschaft erst einmal auf wenig Resonanz stieß. Die Chancen für die neue Regierung, ihre Wähler zufrieden zu stellen, waren minimal, weil eine isolierte ägyptische Sonderkonjunktur nicht in Aussicht stand. Der Staat verfügte nicht über Einnahmen, die es erlaubt hätten, Beschäftigungsprogramme aufzulegen oder Subventionen für Nahrungsmittel oder Treibstoffe zu erhöhen. Die Herrscher Saudi-Arabiens und der Emirate fürchten die Muslimbruderschaft; allein Qatar leistete Hilfszahlungen für den stark verschuldeten Staatshaushalt Ägyptens.⁶⁾

Aber insbesondere die ägyptischen Großunternehmer, die so genannten Fetten Katzen, beließen es nicht beim Abwarten, sondern sie griffen aktiv auf drei Wegen ins Geschehen ein. Einmal über die Neugründung eigener Parteien, sodann durch ihre Medienmacht in Presse und vor allem im Fernsehen und schließlich durch Investitionsverweigerung und systematischen Abzug von Investitionskapital aus Ägypten⁷⁾ Ergänzend ist hinzuzufügen, dass der koptische Großunternehmer »Naguib Sawiris nach eigenen Angaben die Tamarrod-Kampagne mit Geld und Logistik unterstützte.« (Roll, S. 27) Zu ihrer Mobilisierung nutzten die Aktivisten von Tamarrod das landesweite Netz von Sawiris Telekom-Unternehmen.

Die Sabotage der führenden Bourgeoisie wurde ergänzt durch die Sabotage durch den übernommenen Beamtenapparat, den Mursi in der kurzen, ihm verbliebenen Zeit nicht auswechseln konnte. Bemühungen, loyale Kräfte in den Ministerien zu installieren, wurden in der Öffentlichkeit scheinheilig als Versuche der »Islamisierung« der Verwaltung diskreditiert.⁸⁾

Über die von ihm maßgeblich kontrollierte Treibstoff- und Energieversorgung beteiligte sich auch der Oberste Militärrat an der Obstruktion. »Die verunglückte Verfassung hatte die Menschen nicht auf die Straße getrieben, das tat erst die wachsende wirtschaftliche Not. Die Schlangen vor den Tankstellen wurden länger, der Strom fiel häufiger aus, und die Inflation treibt die Menschen in die Armut.« (FAZ-Kommentar, 5.7.2013) Kaum war Mursi gestürzt, endete die (künstliche) Verknappung.⁹⁾

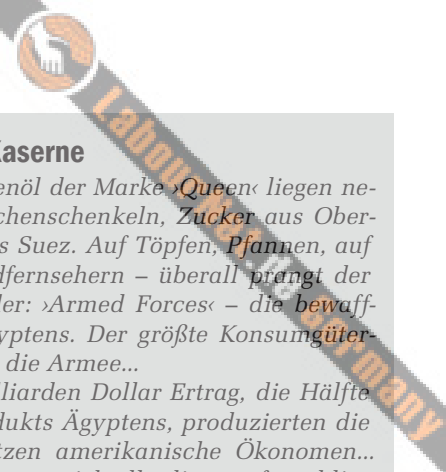
Das Militär und die führende Bourgeoisie waren nicht bereit, sich auf eine Zusammenarbeit mit den Muslimbrüdern einzulassen.

III. Akt – Tamarrod-Kampagne legitimiert den Militärputsch

Ziel der Kampagne Tamarrod (ägyptisch für Rebellion) war es, Unterschriften für einen Rücktritt von Präsident Mur-

8) So z. B. Rainer Herret, Geschäftsführer der Deutsch-arabischen Industrie- und Handelskammer zu Kairo, lt. FAZ vom 18.07.2013

9) »Rasch normalisiert hat sich am Wochenende indes die Versorgung der Tankstellen mit Benzin.« In den Wochen davor lange Warteschlangen. »Kraftwerke liefern auch wieder regelmäßig Elektrizität, es werden kaum noch Stromausfälle gemeldet. Damit bestätigen sich die Klagen der Muslimbrüder über eine lange nur vermutete Sabotage durch Vertreter des früheren Regimes.« FAZ vom 08.07.2013



si zu sammeln, und zwar mehr Unterschriften, als Mursi bei seiner Wahl Stimmen erhalten hatte, also mehr als 13,2 Millionen Unterschriften. Tamarrod knüpfte an die Unzufriedenheit der ägyptischen Bevölkerung mit den wirtschaftlichen Verhältnissen an. Die überwiegend jungen Aktivisten erhoffen wenig von Wahlen und setzen auf die Mobilisierung der Bevölkerung, auf Demonstrationen. Die Demonstranten rechneten nicht damit, Mursi an der Wahlurne besiegen zu können.¹⁰⁾ FAZ-Korrespondent Markus Bickel charakterisiert die Protestbewegung mit knappen Worten: »Entschlossen im Straßenkampf, aber politisch diffus ist die Bewegung. Ihre Anhänger wissen nicht recht, was sie wollen... Es sind Schattengefechte in der Sommerhitze, die kaum etwas ändern werden am Machtkampf an der Spitze des Staates. Die Protestbewegung hat programmatisch wenig zu bieten – selbst die Frage, ob sie an der Parlamentswahl teilnehmen soll, können ihre Akteure nicht schlüssig beantworten.« (FAZ 01.07.2013) Es ist müßig, darüber zu streiten, ob die Protestbewegung gegen Mursi von den alten Kräften aus der Mubarak-Ära unterwandert war, von Polizei in Zivil und Geheimdiensten. Es wäre eher verwunderlich, wenn diese Elemente den Protest gegen Mursi nicht unterstützt hätten, war dessen Sturz doch auch ihr Ziel.¹¹⁾ Auf die finanzielle und logistische Unterstützung von Tamarrod durch die »Fette Katze« Naguib Sawiris wurde bereits hingewiesen.

Vielen Wähler Mursis und insbesondere der Muslimbruderschaft als Organisation waren diese Umstände bekannt und sie gingen auf die Straße, um mit Versammlungen und Demonstrationen ihre Regierung zu unterstützen. Nach den Bildern in den Medien zu urteilen, waren beide Lager imstande, große und anhaltende Massenbewegungen zu mobilisieren.

Der Hohe Militärrat war über seine Netzwerke an der Gestaltung dieses Zustandes mit beteiligt, den er dann zum Vorwand für seinen Putsch am 3. Juli 2013 gegen den gewählten zivilen Präsidenten Muhammed Mursi nahm. Al-Sisi stellte sich als Retter der Nation vor, das Militär als die nationale Instanz, die einen Bürgerkrieg verhindert habe. Unter dieser Fiktion wurde das Militär in den ersten Tagen nach dem Putsch von der Protestbewegung gegen Mursi gefeiert. Dabei half es al-Sisi, dass er sich in der Öffentlichkeit mit zivilen Politikern umgeben konnte. Zum Interimspräsidenten wurde Adli Mansur ernannt, ein Jurist, der 1992 von Husni Mubarak zum Stellvertretenden Vorsitzenden des Verfassungsgerichts ernannt worden war. Das Verfassungsgericht ist nach den Worten von Markus Bickel »immer noch eine Bastion des alten Regimes«. (FAZ 5.7.2013) Regierungschef wurde Hazem al Beblawi, Verteidigungsminister und stellvertretender Regierungschef wurde Armeechef al

10)»Die Frage drängt sich auf, warum die jungen Rebellen (von Tamarrod) ihre Zeit und Energie nicht nutzen, um die etablierten Parteien im Wahlkampf zu stärken... Doch El-Mokdami hat sein Vertrauen in die offizielle Opposition verloren... Überhaupt halten die jungen Unterschrift-Rebellen einen Machtwechsel an der Urne für ausgeschlossen. Freie, faire Wahlen werde es unter der Herrschaft der Muslimbruderschaft nicht geben, so die einhellige Meinung bei Tamarrod.« Markus Symanck 24.06.2013. Diese Haltung spielte den Putschisten durchaus in die Hände.

11)»Die Kampagne gegen den islamischen Präsidenten konnte ... auf die Strukturen der alten »Staatssicherheit« (al Amn als daula) aus Mubaraks Zeit zurück greifen. Die Hilfe ... war offenbar wirksamer als jene der formal aufgelösten »Nationaldemokratischen Partei« (NDP). Auf deren Strukturen hatte der einstige Mubarak-Getreue Ahmad Shafiq im Präsidentschaftswahlkampf vom Juni 2012 zurückgegriffen und am Ende gegen Mursi verloren.« Rainer Hermann in der FAZ vom 26.07.2013

12)An der Demonstration hatten mehr als eine Million Anhänger Mursis teilgenommen. Nach Angaben des Gesundheitsministeriums gab es 72 Tote. Die Muslimbruderschaft spricht von 66 Toten und 61 klinisch Toten. Zur gleichen Zeit demonstrierten auf dem Tahrirplatz mehr als eine Million Unterstützer des Militärs. Quelle: FAZ 29.07.2013

Makkaroni aus der Kaserne

»Makkaroni und Olivenöl der Marke »Queen« liegen neben den Eiern, Hähnchenschenkeln, Zucker aus Oberägypten und Fisch aus Suez. Auf Töpfen, Pfannen, auf Kartons von Flachbildfernsehern – überall prangt der immergleiche Hersteller: »Armed Forces« – die bewaffneten Streitkräfte Ägyptens. Der größte Konsumgüterproduzent im Land ist die Armee...

Bis zu Hundert Milliarden Dollar Ertrag, die Hälfte des Bruttoinlandsprodukts Ägyptens, produzierten die Militärfabriken, schätzen amerikanische Ökonomen... Die Schätzungen ... stützen sich allerdings auf wacklige Modellrechnungen, denn offizielle Zahlen über die wirtschaftliche Macht der Streitkräfte fehlen.

Berichte über den Wirtschaftskonzern Militär sind unter Strafe gestellt, selbst die eigenen Staatsbehörden haben keinen Einblick in die Bücher der Generäle: Die militärischen Nudelfabriken müssen Ägyptens Steuerbehörden weder Daten über Umsatz noch Gewinn melden, die Tankstellen der militäreigenen Kette »Wataniiyah« keine Rechenschaft ablegen über die Höhe der Benzinverkäufe... Zwischen dreißig und vierzig Konzerne sind den Militärministerien direkt unterstellt. Nicht selten verfügen die Unternehmen in ihrer Branche über ein Monopol – und immer über lukrative Privilegien...

Unvorstellbar in Deutschland, dass Bundeswehrsoldaten in Fabriken auf Bundeswehrgelände Pasta abpacken, in Bundeswehrunternehmen Flachbildschirme zusammenschrauben, Hausmeisterdienste anbieten... In Ägypten ist dies Realität...

Damit niemand in der Armee im fortgeschrittenen Alter auf umstürzlerische Gedanken käme, schickte Mubarak seine höhergestellten Offiziere fortan in Pension, sowie sie das 50. Lebensjahr erreicht hatten. Bis zu eine Viertelmillion Offiziere wurden unter dem dreißigjährigen Regime Mubaraks vom Dienst entbunden und in den Wirtschaftsunternehmen des Militärs in guten Positionen untergebracht.

Ägyptische Gesetze erlauben der Armee, öffentlichen Grund und Boden zu Zwecken der Landesverteidigung in Besitz zu nehmen. »...Auf den okkupierten Flächen entstehen eher selten neue Truppenübungsplätze, vielmehr entstehen dort luxuriöse Wohn- und Ferienanlagen, auf der Halbinsel Sinai sind ganze Hotelkomplexe in der Hand des Militärs. Was nicht selbst betrieben werden kann, wird an Reiseveranstalter zu hohen Preisen losgeschlagen...«

(Hendrik Ankenbrand, FAZ Sonntagszeitung, 7.7.2013) ■

Sisi. Innenminister wurde der Polizeigeneral Muhammad Ibrahim, der unter Mubarak im Polizeiapparat Karriere machte. Ibrahim ließ nur wenig Zeit verstreichen, um die nach Mubaraks Sturz aufgelöste »Staatssicherheit« (al Amn al daula) wieder einzusetzen. Das war nicht weiter schwierig, weil die Strukturen im Untergrund weiter bestanden hatten. Damit rief er allerdings den – fruchtlosen – Protest von Mahmud Badr von Tamarrod hervor. Etwa zeitgleich richteten Polizei und Geheimdienste ein Massaker an der Brücke des 6. Oktober an Anhängern der Muslimbruderschaft an, als dort in der Nacht vom 27. auf den 28. Juli eine Demonstration mit scharfer Munition beschossen wurde.¹²⁾ Zeitlich vorausgegangen war ein Aufruf al-Sisis, die Ägypter sollten am Freitag, den 26. Juli 2013, mit Massenkundgebungen der Armee ein Mandat geben, um gegen »Gewalt und potentiellen Terrorismus« in Ägypten vorzugehen.

Im gleichen Zeitraum fanden Verhaftungen von mehreren Hundert Mitgliedern der Muslimbruderschaft statt, unter ihnen Muhammad Badie, deren geistlicher Führer; sein Stellvertreter, Raschad Bajumi, und der Vorsitzende der Partei für Freiheit und Gerechtigkeit (FJP), Saad al Katatui. Mursi wurde ins Gefängnis gesteckt und unter Anklage gestellt, weil er Ende Januar 2011, zu Beginn des Aufstands gegen Husni Mubarak, bei einer Massenflucht die Chance genutzt hatte, aus einem Gefängnis auszubrechen.

Kein Ende der Repression in Sicht

Tatsächlich haben weder die Militärführung noch die von ihr eingesetzte Interimsregierung eine Perspektive, wie ein wirtschaftlicher Aufschwung herbei zu führen wäre, der ihren protestierenden Anhängern Arbeit und Brot verschaffen könnte. Die Polarisierung der Gesellschaft ist durch den Putsch des 3. Juli weiter verschärft worden. Einstweilen haben Saudi-Arabien, die Vereinigten Emirate und Kuwait Finanzhilfen in Höhe von zwölf Milliarden USD zugesagt, die zum Teil schon ausbezahlt sind. Die USA zahlen weiterhin die Finanzhilfe in Höhe von jährlich 1,3 Milliarden USD, davon fließen allerdings regelmäßig zwei Drittel für Waffenkäufe in die Vereinigten Staaten zurück. Russland hat angeboten, seine Weizenlieferungen um bis zu 50 Prozent zu erhöhen – aber diese Lieferungen müssen natürlich bezahlt werden. Die Bank of America Merrill Lynch schätzt den Finanzierungsbedarf Ägyptens in den kommenden 18 Monaten auf 33 Milliarden USD, womit das Land »sehr verwundbar« bleibe. (FAZ 8.7.2013)

Unter diesen Umständen ist es nur eine Frage der Zeit, bis sich das Protestlager am Tahrirplatz enttäuscht von den Putschisten und deren politischen Verbündeten abwenden wird. Einstweilen nutzt die Militärführung diese ihr verbleibende Zeit dazu, den Terror gegen die Muslimbrüder auszuweiten. Denn nach wie vor bleiben diese mitsamt ihrer Partei FJP die einzige gesellschaftlich relevante, d.h. in der Breite der ägyptischen Gesellschaft verankerte politische Opposition gegen Militär- und Monopolbourgeoisie. Neben dem Terror versuchen die Putschisten, die Muslimbruderschaft durch das Angebot der Mitarbeit in der Inte-

rimsregierung und der verfassunggebenden Versammlung zu spalten. Das ist ihnen offenbar bislang nicht gelungen. Die Muslimbrüder verteidigen ihren Standpunkt, dass Mursi nach wie vor der legitime Präsident Ägyptens ist, und damit die einzige ihnen verbliebene Rechtsposition. Gäben sie diese auf, hätten sie nichts mehr in den Händen.

In dem einen Jahr ihres Regierungshandelns hat die Muslimbruderschaft gezeigt, was von ihr politisch und sozial zu erwarten ist. Sie hat sich als Partei des ägyptischen Klein- und Mittelbürgertums erwiesen, die bislang von den politischen Entscheidungen ausgeschlossen waren und sind und die den Ausgleich ihrer Interessen mit den beiden großen herrschenden Klassen, dem hohen Offizierskorps und der Großbourgeoisie, suchen. Dabei stellt die FJP die Belange der lohnabhängigen Klassen hintan.

Wir wissen nicht, ob innerhalb der ägyptischen Arbeiterschaft politische Klassenorganisationen entstanden sind, die auf die Auseinandersetzungen Einfluss nehmen können. Es hat in den letzten Jahren eine erhebliche Zunahme an Arbeitskämpfen in den ägyptischen Betrieben und Werkstätten gegeben. Aber es scheint, dass sie keinen direkten Einfluss auf die politischen Massenproteste in den großen Städten des Landes hatten. Die staatsunabhängige ägyptische Gewerkschafts- und Arbeiterbewegung war vor und seit Nasser ebenso Ziel der Repression und Reaktion, wie es auch die Muslimbruderschaft war. Die Ablösung einer mehr oder weniger verkappten Militärdiktatur durch eine zivile parlamentarische bürgerliche Regierung würde jedenfalls auch den Bewegungsraum für gewerkschaftliche und politische Organisationen der Lohnabhängigen erweitern und zumindest das Ausmaß der Repression verringern. Insoweit wäre es im Interesse der ägyptischen Lohnabhängigen, auf der Basis ihrer eigenen Forderungen und Interessen die Muslimbruderschaft dort zu unterstützen, wo sie ernsthaft für den Sturz der Militärdiktatur eintritt. Eine Haltung, wie sie hierzulande von einigen Linken eingenommen wird, wonach Mursi und al-Sisi, d.h. Hoher Militäratt und Muslimbruderschaft, gleich gesetzt und gleich abgelehnt werden, ist moralischer Rigorismus und wird der ägyptischen Wirklichkeit nicht gerecht.

Für die ägyptische wie auch für die internationale Linke ist darüber hinaus eine wichtige Lehre aus den angesprochenen Ereignissen zu ziehen: Soziale Bewegungen, die sich ihrer Ziele und der konkreten Schritte dahin nicht sicher sind, laufen stets Gefahr, entweder ins Leere zu gehen oder von ihren gut organisierten Klassegegnern manipuliert und missbraucht zu werden. (Stand 9.8.2013) ■

13) Wie verletzlich die ägyptische Wirtschaft ist, zeigt sich an der Notwendigkeit, jährlich große Mengen des Volksnahrungsmittels Weizen zu importieren, der für geschätzt ein Drittel des Kalorienverbrauchs steht. »Russland hatte im ägyptischen Fiskaljahr 2012/13 2,7 Millionen Tonnen Weizen nach Ägypten geliefert. Es werde die Hälfte des ägyptischen Weizenimports, der im neuen Fiskaljahr auf 8 Millionen Tonnen geschätzt, liefern...« FAZ 08.07.2013

■ REPLIK ZUM VORHERGEHENDEN ARTIKEL

Wer gegen wen in Ägypten?

Der Artikel »Militärputsch in Ägypten. Zurück auf Anfang?« stellt die komplizierte Lage in diesem Land lückenhaft und einseitig auf die Ebene der herrschenden Eliten bezogen dar. Im folgenden Beitrag wird versucht, die wichtigsten Akteure dieser ganzen Periode – für sich und in ihren Beziehungen zueinander – darzustellen, um einen

1) Aufschlußreich für diese Untersuchung sind das im Juni 2012 erschienene Buch von Juliane Schuhmacher (Journalistin der taz, lebte von März bis November 2011 in Kairo) und Gaby Osman (ihr ägyptischer Kamerarämann): »Tahrir und kein Zurück. Ägypten, die Bewegung und der Kampf um die Revolution«, sowie Interviews mit AktivistInnen vom Tahrir-Platz überwiegend in der linken Presse und auf verschiedenen Webseiten. Wir verweisen auch auf unsere eigenen Artikel in den Ausgaben 2/2011 und 3/2011.

roten Faden in diesen Auseinandersetzungen deutlich zu machen: die Gewalt des Militärs gegen die Volksbewegung¹⁾. Er ist damit nicht nur notwendige Ergänzung, sondern auch Widerspruch in der allgemeinen Tendenz und in Einzelfragen des kritisierten Artikels. Im einzelnen geht es um folgendes:

1. In »Militärputsch in Ägypten. Zurück auf Anfang?« heißt es einleitend u.a.: »Nur wenn man den Klassencharakter der Machtkämpfe vor und hinter den Kulissen der ägyptischen Ereignisse erkennt, werden die sozialen Triebkräfte und die Gewinner und Verlierer der Auseinandersetzungen seit Mubaraks Rücktritt im Februar 2011 sichtbar. Dann erst lässt sich der soziale Gehalt des Putsches verstehen und

wie die Lage für die lohnabhängigen Klassen Ägyptens sich danach darstellt.« Der Artikel löst den Anspruch mit der Auflistung von Wirtschafts- und Sozialdaten nur im Ansatz ein, beschäftigt sich jedoch nicht weiter mit den sozialen und politischen Akteuren, soweit sie nicht der nationalen Führungsebene angehören.

2. Die zentrale Konfliktlinie verläuft zwischen dem Regime (in seinen verschiedenen, durch die Kämpfe wechselnden Ausprägungen) und der Bewegung breiter Massen, die ihren wichtigsten Bezugspunkt, geografisch betrachtet, am Tahrir-Platz in Kairo verortet. Das »Regime« in diesem Sinne repräsentieren aufeinanderfolgend die Präsidialdiktatur Mubaraks, der Oberste Militärrat unter Tantawi, die Amtsperiode Mursis, in der sich an den Verhältnissen wenig änderte, und die jetzige Lage einer nur dünn verschleierten erneuten Militärherrschaft. Die Militärführung sieht sich generell als die Ordnungsmacht schlechthin in Ägypten. Sie hat die Bewegungen zur jeweiligen Absetzung von Mubarak und Mursi nicht inszeniert, sondern im wesentlichen auf sie reagiert, um sie unter Kontrolle zu bringen. Ihr Vorgehen entspricht ihrem Bedürfnis, »Ordnung« zu schaffen und dabei auch die eigene Autorität und politisch-gesellschaftliche Privilegien zu sichern.

3. Die politische Kontroverse zum vorstehenden Artikel liegt in der unterschiedlichen Bewertung der Volksbewegung vom 25. Januar 2011 bis jetzt. Wesentlich ist, in der unübersichtlichen Lage im Lande politische und soziale Dynamik zu sehen. Insbesondere geht es darum, die revoltierende Protestbewegung nicht als »kleinbürgerlich«²⁾ abzutun, sondern sie als entwicklungsfähiges Feld der Auseinandersetzung unterschiedlichster politischen Positionen zu begreifen. Des weiteren reicht es nicht, der Arbeiterbewegung und ihren Streikaktionen zu bescheinigen, »dass sie keinen direkten Einfluss auf die politischen Massenproteste in den großen Städten des Landes hatten«, sondern es gilt zu verstehen, dass ihre Streiks das Regime in seinen Grundfesten erschütterten, speziell auch die ökonomischen Interessen der Offiziere als Teil der Bourgeoisie, der sogenannten »fetten Katzen«, trafen. Der Einschätzung im kritisierten Artikel: »Insofern wäre es im Interesse der ägyptischen Lohnabhängigen, auf der Basis ihrer eigenen Forderungen und Interessen die Muslimbruderschaft dort zu unterstützen, wo sie ernsthaft für den Sturz der Militärdiktatur eintritt.« wird hier aufgrund des gewerkschaftsfeindlichen Verhaltens der Mursi-Regierung, aber auch des Beispiels Iran, ausdrücklich widersprochen.

4. Im Verlauf der Auseinandersetzung um die politische (und gesellschaftliche) Neuordnung Ägyptens kam es allerdings frühzeitig zu einer Spaltung in der Ebene der Protestbewegung, die vor allem durch das Verhalten der Führungsebenen der Moslembruderschaft und der liberalen Parteien provoziert wurde, die in ihrer jeweiligen Strategiebildung auf die Kooperation mit dem Militärrat orientierten.

5. Im folgenden werden die revoltierende Protestbewegung, die bislang überwiegend betrieblich-gewerkschaftlich agierende Arbeiterbewegung, die Moslembruderschaft (die nicht nur aus ihrer Führungsebene besteht) sowie im Verhältnis dazu die Armee dargestellt. Auch dies ist freilich nur die Auswahl der wichtigsten Faktoren, die keinen Anspruch auf Vollständigkeit erhebt.

6. Was in beiden Artikeln fehlt (und die Aufgabe für weitere Ausgaben unserer Zeitung wäre), ist die Einbeziehung ausländischer, also regional- und weltpolitischer Faktoren wie USA, EU-Staaten, Saudi-Arabien, Katar, Syrien, Iran, Israel/Palästina (ohne Anspruch auf Vollständigkeit) in die innerägyptischen Auseinandersetzungen, Machtfragen und Klassenbeziehungen, die insofern in die

komplizierte Lage der Region des Nahen Ostens eingebunden sind.

Die Protestbewegung

Die Massenbewegung in Ägypten mit ihrem räumlichen Kern am Tahrir-Platz in Kairo war in ihrem Ursprung umfassend, demokratisch und basisorientiert. Sie hatte Vorgänger, z.B. die Kifaya-Bewegung 2004, die eine Direktwahl des Präsidenten mit Gegenkandidaten forderte. Ihr gehörten Linke, Bürgerliche, Säkulare und Moslembrüder an. Das Regime speiste die Bewegung mit einigen Zugeständnissen ab, die Mubaraks Wiederwahl nicht in Frage stellen konnten. Kifaya zerfiel darauf wieder, gilt aber als einer der Kerne der Tahrir-Bewegung 2011. Ebenso gehören dazu Jugendgruppen unter verschiedenen Namen, z.B. die Bewegung 6. April, die an diesem Datum 2008 gegründet worden war, um die Streiks der ArbeiterInnen in Mahalla zu unterstützen. Weitere Organisatoren waren Menschenrechtsgruppen, AnwältInnen, JournalistInnen. AktivistInnen aus Großorganisationen wie Parteien, Gewerkschaften, Moslembruderschaft wurden begrüßt, wenn sie ihre Fahnen zu Hause ließen. Auch das ist ein Aspekt, der an Bewegungen wie Occupy denken lässt, die grundsätzliche Unzufriedenheit mit den gesellschaftlichen Verhältnissen zum Ausdruck bringen wollen, ohne einer dominanten politischen Strategie bzw. den Auseinandersetzungen darüber das Feld zu überlassen.

Die ägyptischen ArbeiterInnen hatten seit Jahren durch Streiks in Industriezentren wie Mahalla und Suez sowie durch Gründung illegaler Gewerkschaften außerhalb der staatlich zugelassenen Scheinorganisationen ihren Teil zur Erschütterung der ägyptischen Militärdiktatur beigetragen (s.u.).

Die Revolution (oder Rebellion, je nach Standpunkt des Aktivisten oder des Betrachters) kam nicht aus dem Nichts, wie damals häufig zu lesen war. Sie wurde auch nicht banal durch Verabredungen über Facebook ausgelöst. Es waren die beschriebenen politischen Entwicklungen, die noch eines Katalysators bedurften. Er wurde von außen durch die Ereignisse in Tunesien geliefert, die den Sturz des dortigen Regimes zur Folge hatten.

Ist es gerechtfertigt, für den Volksaufstand in Ägypten 2011 den Revolutionsbegriff zu verwenden? Jenseits des inflationären, oberflächlichen Gebrauchs des Wortes in bürgerlichen Mainstream-Medien einerseits und einer dogmatischen Verengung in linken Diskussionen andererseits ist festzuhalten, daß die Protestbewegung eindeutig den Sturz des Mubarak-Regimes zum Ziel hatte und diese Mobilisierung gegen den Druck der Diktatur die versteinerten Verhältnisse aufbrach, um weitere politische Forderungen zu erheben und zu diskutieren. Das ist der definitiv feststellbare Unterschied zu den bekannten, periodisch aufflammenden »Brotunruhen« vergangener Jahrzehnte. Was aber noch fehlte (und bis heute fehlt), ist eine große organisierte Kraft zur Formierung einer politischen Strategie der Arbeiterbewegung.

Nach der Beseitigung Mubaraks reagierte der selbsternannte Militärrat nach außen zunächst unsicher, teilweise panisch, jedoch mit Konsequenz und bald auch wieder mit äußerster Brutalität. Schon am 9. März kam es zur ersten Räumung des Tahrir-Platzes durch Soldaten, wobei unterschiedslos auf jede Opposition eingeschlagen wurde, Moslembrüder, Kopten, »säkulare« Bürgerliche und Linke, danach immer wieder. Höhepunkte waren die blutigen Re-

2) Das wird zwar im Artikel »Militärputsch in Ägypten« nicht behauptet, wohl aber in linken Diskussionen, deshalb hier die Klarstellung.

pressionen anlässlich des gelenkten Angriffs auf die israelische Botschaft am 9. September 2011 und der Räumung des Tahrir-Platzes am 17. Dezember 2011.

Die zentrale Spaltung in der ursprünglich gemeinsam agierenden Massenbewegung vom Tahrir-Platz in zwei Lager entstand an der Frage der politischen Strategie, wie es weitergehen soll mit der Lage in Ägypten und dem Aufbau einer künftigen politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Ordnung. Sie lässt sich konkret zugespitzt auf den folgenden Punkt bringen: Wie halten wir es mit dem Militär und seinem Machtanspruch? Arbeiten wir mit den Offizieren zusammen am Aufbau eines Staatsapparats, der sich vom alten nur durch den begrenzten Wechsel von Personen, Staatsideologien und Ordnungsvorstellungen unterscheidet? Die religiöse Frage spielt hier nicht die »entscheidende« Rolle, die ihr vordergründig in vielen Medien zugeschrieben wird. Zwar laufen Konflikte zweitrangiger Natur auch in diesen Formen ab, Beispiele gibt es genug, etwa, wenn koptische Kirchen angegriffen werden. Dem stehen aber umgekehrt Aktionen der Solidarität gegenüber, wenn »säkulare«, islamistisch orientierte und koptische AktivistInnen sich gemeinsam gegen Angriffe von Polizei und Militär zur Wehr setzen.

Für die Spaltung der Bewegung gab es daher vor allem drei harte Gründe: 1. die Orientierung der Führungsebene der Moslebruderschaft (bis in große Teile ihrer Mitgliederbasis, aber eben nicht alle) auf den institutionellen Weg, desgleichen bei den liberalen Parteien; 2. die Gegnerschaft zum politischen Islam, die dazu verleitete, sich gegen die MB auch mit dem Militär zu verbünden; 3. das, was die Armeeführung mit ihrer hemmungslosen Brutalität beabsichtigte, nämlich Angst und Resignation. Die 2013 neu entstandene Tamarod-Bewegung, die den Sturz Mursis einleitete, rekrutierte sich wohl zu großen Teilen aus der zweiten Gruppe, doch waren auch wieder viele AktivistInnen dabei, denen es um mehr ging, nämlich die Überreste des gesamten, von der Armee gestützten Regimes zu beseitigen. Nach dem Militärputsch wurde die Szene völlig durch die Konfrontation von Armee und Moslebruderschaft in ihren gewaltsamen Formen beherrscht.

Mit dem Putsch gegen Mursi findet sich die kurzzeitig mitregierende Moslebruderschaft erneut in der Opposition wieder, doch die zuvor eingerissenen Gräben bleiben nun unter den gegenwärtigen Umständen auf nicht absehbare Zeit bestehen. Die Verdrängung von der Regierung schweißte die Moslebruderschaft um so enger zusammen.

Linke AktivistInnen und Gruppen der Tahrir-Bewegung waren an der Absetzungskampagne gegen Mursi führend beteiligt. In der neuen Lage warnen sie jedoch davor, die Moslebrüder einseitig als Kollaboranten oder gar »Faschisten« zu denunzieren und sie in der Auseinandersetzung mit dem Militär allein zu lassen. Der Hauptfeind sei nach wie vor der Staat, ob in der Form des Mubarak-Regimes oder seiner Wiedergänger. Die Erfahrungen seit dem ersten Regimewechsel im Februar 2011 zeigen, daß die Repression der Armeeführung gegen die ganze Opposition gerichtet ist, auch gegen Arbeiter und Linke. Vorerst scheinen sie mit dieser Weitsicht nur eine kleine Minderheit zu bilden.

Eine linke Einschätzung³⁾ hierzu lautet: *»Tamarod begann als eine einfache demokratische Initiative, die sich sehr schnell verbreitete. Es sind aber die Armee, die Geheimdienste und das alte Regime, die das Geld und die Macht haben. Und nachdem die wichtigsten Anführer von Tamarod im Fernsehen neben dem General auftraten, der die Abset-*

zung Mursis verkündete, waren die revolutionären Kräfte auf einmal isoliert. Heute ist man entweder Unterstützer der Armee oder man wird zu der Muslimbruderschaft gezählt. Es ist derzeit sehr schwierig, in Ägypten irgendeine unabhängige Position zu vertreten.«

Zum Schutze von Menschen und Einrichtungen rief die Tamarod-Bewegung zur Bildung von Volkskomitees auf (in der Presse zumeist als »Bürgerwehren« bezeichnet). Die vom Militär abhängige Übergangsregierung erließ am 18. August ein Verbot dieser Organisationen.

Die Arbeiterbewegung

Neben Jugendbewegungen und islamistischen Gruppen spielten vor allem ArbeiterInnen eine wichtige Rolle in der Aufstandsbewegung gegen das Mubarak-Regime. In den fünf Jahren vor dessen Sturz hat es Streikwellen vor allem in Industriezentren wie Mahalla (Textilindustrie) und Suez (Suezkanal, petrochemische und eisenverarbeitende Industrie) gegeben. *»Ich meine, wenn die Streiks nicht gewesen wären, hätte Mubarak darauf setzen können, dass die Proteste im Sand verlaufen«* (arpo 3/2011, S. 12), war eine unter linken AktivistInnen weit verbreitete Sicht. Wir haben zur Lage der Arbeiterklasse und ihrer Entwicklung unter den Umsturzbbedingungen in Ägypten einiges Material veröffentlicht in arpo 3/2011 und beschränken uns hier auf eine knappe Zusammenfassung und Aktualisierung.

Auslöser der Streikwelle waren manipulierte Gewerkschaftswahlen im Jahre 2006. Die ArbeiterInnen reagierten mit nicht genehmigten (also »wilden«) Arbeitsniederlegungen mit dem Höhepunkt vom 6./7. April 2008 in Mahalla und mit der Gründung neuer, vom staatlichen Gewerkschaftsbund unabhängiger Gewerkschaften. Ihre Aktionsformen, darunter Fabrikbesetzungen, gingen 2011 in die Tahrir-Revolution ein; die ArbeiterInnen hatten Erfahrung damit, solche Aktionen unter Bedingungen der Illegalität zu organisieren. In vielen Städten stellten ArbeiterInnen einen Anteil der gegen Mubarak bzw. den Militärrat Demonstrierenden, außerhalb Kairo häufig die Mehrheit. Der Militärrat versuchte Ende März 2011, die Welle durch ein gesetzliches Streikverbot zu stoppen. Mangels Statistiken lässt sich dessen Wirkung nicht einwandfrei beurteilen, doch gibt es Einschätzungen, die sogar von einer Steigerung der Streikaktivitäten im Vergleich zu den Jahren vorher berichten. Der rasche Rücktritt Mubaraks und die Machtübernahme des Militärs werden von Beobachtern (wie Schumacher/Osman, S. 184) teils auch auf die Fernwirkung von parallel stattfindenden Streiks zurückgeführt.

Die Arbeits- und Lebensbedingungen der Lohnabhängigen sind weit weg von mitteleuropäischen Arbeitsverhältnissen: Festanstellungen sind in eine Seltenheit, rund die Hälfte der Bevölkerung arbeitet in der Landwirtschaft, von den anderen 50 Prozent sind die meisten in Kleinbetrieben und im informellen Sektor tätig. Ihre Hauptforderungen lauten auf Vollzeitverträge, Mindestlohn von 1200 Ägyptische Pfund (2011) und das Recht zur Bildung freier Gewerkschaften und Verbände. Neben dem früher einzigen offiziellen Gewerkschaftsbund Egyptian Trade Unions Federation (ETUF) gibt es nun zwei unabhängige Dachorganisationen, Egyptian Federation of Independent Trade Unions (EFITU) und Egyptian Democratic Labor Congress (EDLC).

Unter der Mursi-Regierung wurden Erwartungen auf eine Verbesserung der Lage der Gewerkschaften nicht erfüllt, Streiks und Demonstrationen vielmehr weiterhin mit gesetzlicher und gewaltsamer Repression bedroht. Daher beteiligten sich die Gewerkschaften an der Tamarod-Bewegung und begrüßten den Sturz Mursis. Aus ihren Reihen stammt der aktuelle Arbeitsminister, ein Mann, der der nasseristischen Ideologie anhängt, also Vertrauen ins

3) *»Erkenne deinen Feind«*, 12.8.2013, <http://marx21.de/content/view/1960/32/>; der hier Interviewte gehört in Ägypten einer linken Gruppierung mit trotzkistischer Orientierung an.

Militär setzt. Ein zweifelhafter Erfolg: Er ist Mitglied einer Regierung, die die neoliberale Politik der Mubarak- und kurzfristigen Mursi-Ära fortführt. Als er im Namen der Übergangsregierung zur »Produktionssteigerung« aufrief, traten ArbeiterInnen – nicht nur in Mahalla – in Streik.

Politische Klassenorganisationen von wahrnehmbarer Bedeutung (die also über Kleingruppen hinausgehen) gibt es dagegen noch nicht. Die »Ägyptische Kommunistische Partei« hat eine lange Geschichte von Verfolgung, Spaltung und Neugründung hinter sich, besteht in der jetzigen Formation seit 1975 und hat sich 2011 anlässlich der Parlamentswahlen mit anderen linken Gruppen zu einer »Sozialistischen Front« zusammengeschlossen. Diese und andere Gruppen aus Intellektuellen und Altlinken wie die »Sozialistische Volksallianz«, die »Ägyptische Sozialdemokratische Partei«, die »Sozialistische Partei Ägyptens« machen Bündnis- und Listenpolitik im Rahmen des überwiegend linksliberalen »Ägyptischen Blocks« oder sind bereits wieder aus ihm ausgetreten. Dieses ganze Spektrum ist im ständigen Fluss, eine hegemoniale Kraft ist derzeit nicht erkennbar.

»Parallel zur Eindämmung der sozialen Kämpfe der Arbeiter erschwert die Militärregierung die politische Organisation der Lohnabhängigen durch Gesetze. So müssen die Parteien für ihre Lizenzierung mindestens 1 Mio. Ägyptische Pfund (ca. 125000 EUR) aufbringen, um die Namen von mindestens 5000 Gründern in zwei überregionalen Tageszeitungen zu veröffentlichen.« (arpo, 3/2011). Das alles trägt dazu bei, dass politische Impulse kaum aus den Reihen der Lohnabhängigen kommen und dass Streiks nur selten mit politischen Bewegungen koordiniert werden. Doch das Militär fürchtet die destabilisierende Wirkung von Arbeitskämpfen und damit die potenzielle Macht der Arbeiterbewegung. Ob es zu einer politischen Organisation im Interesse der Lohnabhängigen kommt, wird die Zukunft zeigen. Das Militärregime ist mit Sicherheit keine gute Voraussetzung dazu, ein Bündnis mit der Moslembruderschaft wäre im Hinblick etwa auf Erfahrungen im Iran, wo Arbeiterorganisationen ebenfalls Regimetreue beweisen müssen, wenn sie legal arbeiten wollen, sehr problematisch. Es führt kein Weg an der Entwicklung eigener politischer Organisation vorbei.

Die Moslembruderschaft

In Ägypten teilt sich der politische Islam grob in zwei Strömungen auf: die Freiheits- und Gerechtigkeitspartei (Moslembruderschaft an sich, konservativ-islamisch, Scharia, freie Marktwirtschaft) und die Partei des Lichts (Salafisten, stärker religiös orientiert). Dazu kommen (ohne Anspruch auf Vollständigkeit) weitere Kleinparteien, die sich einer dieser beiden Richtungen mehr oder weniger einordnen lassen, darunter eine, deren Vorbild die türkische Regierungspartei AKP ist. Nicht in diesen Zusammenhang gehören Gruppen mit Orientierung auf den bewaffneten Kampf wie der Ägyptische Islamische Dschihad, die mitursächlich dafür sind, dass in großen Teilen der bürgerlichen Presse »Islamismus« häufig mit »Terrorismus« in Verbindung gesetzt wird.

Die Geschichte der 1928 gegründeten Moslembruderschaft ist politisch überwiegend von Unterdrückung durch die Monarchie, ab 1952 durch die nasseristischen Regimes gekennzeichnet. Dass sie für die Scharia eintritt, ist kein Geheimnis, doch sollen uns diese Religions- und Weltauffassung und ihre unterschiedlichen Auslegungen hier nicht weiter interessieren. Die Moslembruderschaft gilt heute als politisch moderate und entradikalisierte Formation, die sich manchen Analysten zufolge in einem Prozess der Entideologisierung befindet. Sie ist eine konservativ-islamische Organisation und verfolgt in »weltlicher« Hinsicht eine marktwirtschaftliche, also kapitalistische Orientierung.

Die strategische Situation der MB in der Tahrir-Bewegung beschreiben Schuhmacher/Osman so (S. 106): *»Die Partei für Freiheit und Gerechtigkeit der Moslembrüder hatte die größten Chancen, bei den Wahlen eine Mehrheit zu erringen. Zugleich wären die Moslembrüder, sollten sie zurück auf die Straße gehen, der gefährlichste Gegner des Militärrates. Das war jedoch nicht im Interesse deren Führungsebene.«* Das war offensichtlich der entscheidende Punkt. Die MB-Führung orientierte auf den Kompromiß mit den Militärs, die sie unter Nasser, Sadat und Mubarak jahrzehntelang von der Macht isoliert hatten. Sie lehnte die Kooperation mit den »säkularen« Teilen der Tahrir-Bewegung endgültig ab und zwang durch ihr Verhalten auch ihre Basis zunehmend dazu, ihr auf diesem Weg zu folgen und sich von den bisherigen Bündnispartnern der Straße zu trennen. Was die MB-Führung vor allem anderen fürchtete, war gerade dies: dass das Militär wegen »Unruhen« die Wahlen absagte.

In den Parlamentswahlen vom 28.11.2011 bis 11.1.2012 siegte die Freiheits- und Gerechtigkeitspartei mit rund 235 von 498 Sitzen, die Partei des Lichts erhielt 123, weit abgeschlagen folgten die konservativ-liberale Neue Wafd-Partei mit 38 und der überwiegend linksliberal orientierte Ägyptische Block mit 35 Sitzen. Im Juni 2012 wurde der Kandidat der MB, Mursi, knapp in einer Stichwahl zum Präsidenten gewählt.

Nach diesen Wahlen fühlte sich die MB-Führung als Sieger, dem allein die ganze Beute gehört – mit Ausnahme der Armee, auf die wegen ihrer Machtstellung Rücksicht genommen werden musste, denn *»... das Militär bleibt gestärkt und durch das neue Parlament legitimiert an der Macht«* (Schuhmacher/Osman S. 168). Warum wurden die Erwartungen so vieler Menschen so schnell enttäuscht, dass sich schon ab November 2012 eine Protestbewegung gegen Mursis Regime zu bilden begann, die schließlich ihr Koordinationszentrum in der Tamarod-Bewegung fand? Der Vorwurf von Sabotageakten durch Geschäftsleute und Bürokratie des alten Regimes, z.B. in der Versorgung der Bevölkerung mit Wasser, Strom und Benzin, trifft sicher zu, erklärt aber nicht alles, weil solche Vorgänge bei tiefgreifenden Regimewechseln in mehr oder weniger starkem Ausmaß zu erwarten und daher »normal« sind. Auch die Gegenmaßnahmen des Mursi-Regimes, von Personalbesetzungen bis zu Verfassungsänderungen, sind da nicht verwunderlich.

Eine politische Bewertung erfordert aber, sich darüber klar zu werden, wer hier mit wem auf wessen Kosten dealt hat. Die MB-Führung versuchte, die Überreste des alten Regimes und die Armee zu besänftigen, um deren Feindschaft gegen die Moslembruderschaft zu beschwichtigen. Sie führte die neoliberale Politik Mubaraks fort, trieb Privatisierungen voran und erfüllte die Bedingungen des Internationalen Weltwährungsfonds (IWF). Die Kosten hatten Arbeiterklasse und Mittelschichten zu tragen. Unter »normalen« Umständen wird einer gewählten Regierung mehr Zeit gelassen, Erwartungen und Wahlversprechen zu erfüllen, und sie wird auf regulärem Wege abgewählt. Doch Ägypten befindet sich in Umsturzeiten nach jahrzehntelanger Diktatur, die ihrerseits einmal (1952) mit einer Rebellion und mit Verheißungen angefangen hatte. In der tiefen Krise von heute sind die Hoffnungen nicht aufgegangen, sondern führten zur Konfrontation.

All dies trifft für den Teil der rebellierenden Bevölkerung zu, der sich eben nicht der Moslembruderschaft und ihrer Programmatik verbunden fühlt. Verschärfend kommt

hinzu, daß weite, in der nasseristischen Staatsideologie sozialisierte Teile der Bevölkerung bis in Kreise des Großunternehmertums hinein den »politischen Islam« und seine Vertreter definitiv ablehnen. Die Moslembroderschaft dagegen hat der Putsch gegen den rechtmäßig gewählten Präsidenten, der einer der ihren ist, umso fester zusammengeschlossen. Ein neuer Kompromiß ist schwer vorstellbar, da die MB-Führung vollends ihre Legitimation verlieren würde, wenn sie ihren eigenen Präsidenten und ihre Basis offen verraten würde.

Das Militär

Das ägyptische Militär hat (oder hatte) den Ruf einer Befreiungsarmee: Gemeint sind die »Freien Offiziere«, die mit dem Sturz der Monarchie, der Verstaatlichung der Suezkanalgesellschaft, dem Beginn »blockfreier« Außenpolitik zur Zeit des Kalten Krieges etc. die Reste des britischen Kolonialismus und imperialistischer Bevormundung im Lande beseitigten und mit ihrer Entwicklungspolitik Ernährung, Gesundheit, Bildung etc. für weite Teile der Bevölkerung verbesserten. Nicht alles davon ist Legende, aber das Ideal eines »Arabischen Sozialismus« blieb in weiter Ferne. Stattdessen entwickelten sich Offiziere und Großunternehmen bereits seit den siebziger Jahren zur neuen Schicht der »fetten Katzen«.

Die Armee ist die eigentliche Macht im Lande. Alle Präsidenten – Nagib, Nasser, Sadat, Mubarak, der Militärratsvorsitzende Tantawi – kamen aus ihren Reihen. Der Versuch Mubaraks, seinen Sohn Gamal, einen Nichtmilitär, zum Nachfolger zu machen, wäre ein Verstoß gegen diese Tradition gewesen. Ein Grund, die Revolution vom Zaun zu brechen, um Gamal Mubarak los zu werden, wie manchmal zu lesen ist, kann das aber nicht sein: Dafür war die Angst der Militärführung vor einem unkalkulierbaren Volksaufstand doch zu groß, wie die ersten Monate seit der Tahrir-Rebellion zeigten, als sie zunächst vorgaben, die Ziele der Revolution zu teilen, um die Protestbewegung zu umschmeicheln und schließlich zu spalten. Gleichzeitig ließ sie die Polizei von der Kette und griff erst dann selbst ein, wenn dies nicht ausreichte.

Die Armee ist ein Wirtschaftsimperium im eigenen Land. Genaue Zahlen gibt es nicht, weil ein großes Geheimnis darum gemacht wird. Es wird geschätzt, daß es sich um 25 – 50 Prozent der gesamten Wirtschaft handelt. Dies umfasst Gastronomie und Tourismus, Lebensmittelproduktion und -verarbeitung, Textilunternehmen, Maschinen- und Waffenproduktion, Transportwesen (Luftfahrt, Eisenbahn, Autos), Gasförderung, Bauindustrie, Telekommunikation, Landwirtschaft. Produziert wird mit regulären ArbeiterInnen und Angestellten – daher sind die Militärs auch gegen Streiks empfindlich – und mit billigen, weil rechtlosen Wehrpflichtigen.

In der Umbruchperiode seit Februar 2011 versuchte das Militär – zunächst mit großem Erfolg – an seinen antikolonialistischen Befreiungsmythos und die Sympathien in der Bevölkerung anzuknüpfen. Die »Drecksarbeit« der Repression gegen die Protestbewegung oblag erst einmal der Polizei und dem Geheimdienst, während der Militär die umfassende politische Kontrolle beanspruchte und auch ausübte (er ernannte und entließ Minister, zensierte die Presse etc.). Die Bevölkerung sollte den Eindruck haben, dass die Armee nicht auf sie schießt und dass sie ihr vertrauen könne. Aber der Militär tat nichts, um gegen die Brutalitäten der Polizei und bewaffneter, bezahlter Schläger (arabisch: baltagiyya) vorzugehen. Solange es ging, verfolgte er diese Doppelstrategie und ließ sich feiern

als die Macht, die den Sturz des Mubarak-Regimes und den Übergang in eine »neue Zeit« absichert. So oft es ihm notwendig und nützlich erschien, schaltete er um auf offene Repression gegen die Proteste auf der Straße und gegen den institutionalisierten Verfassungsprozeß. Das Ziel ist eine Regierungsform mit einem politischen Arrangement, das die Machtstellung der Armee sichert.

Aus all dem folgt: Dieses Militär ist niemals bereit, freiwillig abzutreten. Als hochgerüstete, von den USA, Saudi-Arabien, Golfstaaten wie Katar subventionierte und gut vernetzte Armee muss sie das auch nicht. Andererseits erklärt sich aus der hochgehaltenen nasseristischen Tradition, daß weite Teile der Bevölkerung und der AktivistInnen der Protestbewegung schwierige Lernprozesse durchmachen mussten, um von ihren Illusionen frei zu werden, und dass vielen dies bis heute nicht gelang. Wer die Bilder im Fernsehen sieht, die Nachrichten in den Zeitungen liest, sich dabei klar macht, dass dies nun schon seit Februar 2011 so geht, sieht eine Armee, die in ihrer rücksichtslosen Brutalität nicht mehr auf Sympathie in der Bevölkerung, sondern auf Einschüchterung und Angst setzt. Im Verhältnis zum Westen, also USA und EU, baut die Armeeführung offensichtlich darauf, dass das Entsetzen in Medien und offizieller Politik seine Grenzen hat, weil ihre Position in der Region des Nahen Ostens unersetzlich scheint.

Zu den Konsequenzen für die Linken erklärt der bereits zitierte Basisaktivist³⁾: *»Wir werden uns nicht auf die Seite der Überreste des Mubarak-Regimes oder der Armee schlagen, ungeachtet der Tatsache, dass wir auch zur Muslimbruderschaft in Opposition standen. Wir waren an zentraler Stelle an der Bewegung für die Absetzung Mursis beteiligt, aber wir wollten, dass die Menschen Mursi absetzen, nicht die Armee. Wir haben all das nicht durchgestanden, damit die Armee wieder an die Macht kommt und Mubaraks Schergen erneut Ministerposten bekleiden.«*

Dem können wir nur zustimmen. Zur Zeit steht der Konflikt zwischen Moslembroderschaft und Militär im Vordergrund, den die MB allem Anschein nach verlieren wird. Da die sozialen Probleme der Arbeiterklasse und der Mittelschichten so oder so jedoch nicht zu lösen sind, wird eine erneute Konfrontation zwischen diesen Teilen der Gesellschaft und einer von der Armeeführung gestützten Regierung unausweichlich. Die Arbeiterbewegung wird darin ihre Rolle einnehmen müssen. Bisher ist die direkte Verbindung betrieblich-gewerkschaftlicher und politischer Kämpfe eher ausnahmsweise gelungen (ein positives Beispiel hierzu: 6. April 2008), die Fernwirkung jedoch deutlich spürbar. Ob, wann und in welchen Formen die Auseinandersetzungen ein solches Niveau erreichen und ggf. darüber hinausgehen, können wir hier nicht prognostizieren. 19.8.2013 ■

Wir bitten um Hilfe bei der Suche nach . . .

. . . Dokumenten zur Geschichte der Arbeiterbewegung, insbesondere Originale von Zeitungen wie »Gegen den Strom«, »Arbeiterpolitik«, »Volksrecht«, »Arbeitertribüne«, »Der internationale Klassenkampf« sowie Broschüren und Flugblätter von der KPD-O, der IVKO, wie auch der SAP. Wir möchten mithilfe unseres Archivs die Materialien dieser politischen Strömung zusammenhalten und allen Interessierten zur Verfügung stellen, bevor sie der grassierenden privaten Entsorgung zum Opfer fallen. GFSA e.V. ■

4) siehe Fußnote 2